

Die **SPD** im Prümer Stadtrat brachte folgenden Entwurf ein, und konnte erreichen, dass daraus eine gemeinsame Resolution wurde, die von der Stadtbürgermeisterin an die Mitglieder des deutschen Bundestags sowie an die POST weitergeleitet wird.

Gemeinsame Resolution von SPD, FWG, CDU und Bürgerbewegung zur Schließung des Postamtes

Die Schließung unseres Postamtes in Prüm bedeutet für unsere Einwohner und Beschäftigten einen Verlust von Arbeitsplätzen und Lebensqualität sowie letztendlich die Zerschlagung der Nahversorgung im ländlichen Raum. Der Stadtrat der Stadt Prüm fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, auf das Postmanagement einzuwirken, und diesen Schließungsplänen eine klare Absage zu erteilen. Es kann nicht sein, dass der ländliche Raum ausgedünnt wird. Es muss durch entsprechende Rahmenbedingungen dafür Sorge getragen werden, dass vor allem die älteren Menschen in den ländlichen Gemeinden nicht noch mehr unter der Ausdünnung der Nahversorgung zu leiden haben.

Wir regen an, dass umgehend eine Neufassung der Post-Universaldienstverordnung vorgenommen wird, damit sichergestellt wird, dass alle Mitbewerber der Post die gleichen Bedingungen erfüllen müssen und somit eine dauerhafte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen auch im ländlichen Raum sichergestellt wird und bürgernah sowie kompetent verfügbar bleibt.